Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 78 (1984)
Heft: 10

Rubrik: Zeichen der Zeit : Nicaraguas bedrohte Revolution

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zeichen der Zeit

Nicaraguas bedrohte Revolution

Am 4. November sollen Wahlen in Nicaragua, und zwei Tage später werden Wahlen in den USA stattfinden. Was in den beiden Staaten zur Wahl steht, könnte gegensätzlicher nicht sein: auf der einen Seite die sandinistische Option für die Armen, auf der andern Seite die US-republikanische Option für die Reichen, zwei Optionen, die sich ausschliessen – bis zum Krieg, den die Reichen in den USA seit je gegen die Armen in ihrem «Hinterhof» führten. Bedroht ist Nicaragua aber nicht nur von einer Weltmacht, sondern auch von einer Weltkirche. Bei seinem Versuch, die sandinistische Regierung zu destabilisieren, kann die Reagan-Administration auf die willfährige Assistenz des Papstes und seiner Bischöfe in Nicaragua zählen: Die Theologie der Befreiung wird diskreditiert. Der neue Exodus aus dem Herrschaftsbereich des amerikanischen Pharao soll nicht stattfinden.

Die revolutionäre Legitimation der FSLN

In seinem Buch «Zehn Jahre Grausamkeit oder die Erdrosselung Lateinamerikas» schreibt Romeo Rey: «In der Geschichte Nicaraguas hat es bisher nie eine glaubhafte Demokratie gegeben. Manche Westeuropäer erwarten jetzt aber von den linksgerichteten Sandinisten, dass sie einen politischen Pluralismus nach Westminsterart pflegen. Diese Hoffnung wird in nächster Zukunft kaum in Erfüllung gehen. Die siegreichen Guerilleros versuchen vielmehr, erst einmal die elementaren Voraussetzungen für Pluralismus und Demokratie zu schaffen.» Das wäre gegenüber jener Hetzkampagne zu bedenken, die schon heute für den 4. November eine «Wahlfarce nach osteuropäisch-kommunistischem Muster» (NZZ, 26. September 1984) ankündigt.

Nicaraguas Revolution ist in sich selber legitim. Sie bedarf keiner formaldemokratischen (oder gar kirchlichen) Bestätigung. Die Regierung der FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional) ist das logische Ergebnis dieser Revolution, die staatlich organisierte Überwindung eines verbrecherischen Gewaltsystems und seiner Konsequenzen. Im Kampf gegen das Somoza-Regime haben 50'000 Menschen ihr Leben verloren. Ihre Stimme gilt, auch wenn sie diese nicht mehr abgeben können, der sandinistischen Regierung. Ihre Stimme darf auch nicht weniger zählen als die Stimme besitzbürgerlicher und klerikaler Opportunisten in geheimen Wahlkabinen.

Gewiss gibt es diese revolutionäre Legitimation nur auf Zeit: als Vorbereitung auf die reale und soziale Demokratie. Die FSLN hat denn auch die fünf Jahre ihrer bisherigen Machtausübung im Interesse des Volkes genutzt:

– Zum ersten Mal in der Geschichte muss niemand in Nicaragua mehr Hunger leiden. Die UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) hat festgestellt, dass derselbe Korb von 21 Grundnahrungsmitteln für eine sechsköpfige Familie monatlich 109 Dollar in Panama, 74 Dollar in Honduras und 36 Dollar in Nicaragua kostet.

– Der öffentliche Gesundheitsdienst ist (dank der freiwilligen Hilfe kubanischer

Ärzte) allen zugänglich und für ein Land der Dritten Welt vorbildlich.
– Mit einer beispiellosen Alphabetisierungskampagne wurde die Analphabetenrate von 50 auf 15 Prozent gesenkt.
– Anders als unter Somoza werden heute auch die Menschenrechte respektiert. Folter und Todesstrafe wurden abgeschafft. Die sandinistische Revolution darf als eine der unblutigsten und grossherzigsten der Geschichte gelten.

Obschon noch lange nicht alle Schwierigkeiten überwunden, die «elementaren Voraussetzungen für Pluralismus und Demokratie» noch lange nicht gesichert sind, hat die FSLN auf den 4. November Wahlen angesetzt, welche die freiesten in der Geschichte des Landes hätten werden können. Die Sandinisten erliessen im vergangenen März ein liberales Wahlgesetz, mit dem sie allen Parteien, miteingeschlossen die FSLN, gleichviel Sendezeit an Radio und Fernsehen einräumen und obendrein den Wahlkampf ihrer politischen Gegner aus öffentlichen Mitteln finanzieren wollten.

Ohne Zweifel wäre die Revolution auch nach den Kriterien der formalen Demokratie ratifiziert und die FSLN als regierende Partei bestätigt worden. Aber genau dieses Risiko wollte die bürgerliche Opposition nicht eingehen. Ihr uneingeschriebener Präsidentschaftskandidat Arturo Cruz verliess nach vierzehntägigem Gastspiel wieder das Land. Und der konservative Wahlblock «Coordinadora Democratica Nicaragüense» (CDN) beschloss im Juli, den Wahlen fernzubleiben.

Andauernder Notstand und Pressezensur wurden zum willkommenen Vorwand für den Wahlboykott. Das Notrecht und die – nurmehr auf militärische Fragen beschränkte – Pressezensur sind jedoch Massnahmen, die sich nicht gegen die Opposition, sondern gegen die blutige Aggression der Contras und ihrer Helfershelfer in Washington richten. Wenn die Opposition diese Unterscheidung nicht gelten lässt, dann doch nur, weil sie mit den Aggressoren unter einer Decke steckt. Arturo Cruz hat denn auch aus seinen Absprachen mit den Contras kein Hehl gemacht: Er war es, der einen Waffenstillstand gegen Verhandlungen anbot. Verhandlungen mit gedungenen Mördern? Und über was? Doch sicher nicht über die Reinheit der Demokratie, wo die somozistischen Anführer der Contras doch alles andere als Demokraten sind.

Das Doppelspiel der bürgerlichen Opposition wird hier deutlich: Sie entrüstet sich über «undemokratische» Massnahmen der Regierung, befürwortet aber einen «Dialog» mit den Contras, die durch ihre Gewaltakte eben diese Massnahmen provozieren. Da sie auf demokratischem Weg nicht an die Macht kommen kann, arbeitet sie mit jenen Kräften zusammen, die den Demokratisierungsprozess sabotieren. Indem sie die Wahlen in Nicaragua boykottiert, setzt sie nicht auf Demokratie, sondern auf Gewalt. Die Alternative zum Sandinismus heisst daher auch nicht Demokratie, sondern Somozismus. Das ist die Lage.

Die «verdeckten Operationen» der USA

Die Strategie der bürgerlichen Opposition deckt sich mit derjenigen der US-Administration: Auch diese bekämpft den Demokratisierungsprozess in Nicaragua mit allen Mitteln, damit sie sich über mangelnde Demokratie in diesem Land beklagen und dessen Regierung als «unrechtmässig» denunzieren kann. Die Destabilisierung des verhassten «Sandinistenregimes» ist in vollem Gang.

Schon kurz nach seinem Amtsantritt hat Reagan die Wirtschaftshilfe an Nicaragua zusammengestrichen und die Zukkerimporte von 59000 auf 6000 Tonnen reduziert. Die wirtschaftlichen Repressalien der USA schlugen dem Land allein im letzten Jahr mit einem Verlust von 345 Millionen Dollar zu Buche. Hinzu kommt – wiederum auf Druck der USA – eine Kreditsperre des Internationalen Währungsfonds, der von Nicaragua so-

gar die 66 Millionen Dollar zurückverlangte, die er Somoza noch neun Monate vor dessen Sturz gewährte, von denen die Sandinisten bei ihrer Machtübernahme aber nichts mehr sahen.

Da diese ökonomische Aggression die Regierung der FSLN nicht ernsthaft erschüttern konnte, startete der CIA 1981 seine «verdeckten Operationen» gegen Nicaragua. Er finanzierte und koordinierte die Überfälle und Luftangriffe der Contras im Norden und Süden des Landes. Ziel dieser Terrorakte waren Brükken, Brennstofflager, Kraftwerke, Staudämme und schliesslich die wichtigsten Häfen, die im April dieses Jahres vermint wurden. Über 1500 Tote und wirtschaftliche Schäden in der Höhe von 200 Millionen Dollar sind das traurige Ergebnis des verbrecherischen «Geheimkrieges».

Die letzte Stufe der eskalierenden Angriffshandlungen wäre die Invasion von US-Truppen in Nicaragua. Sie wäre die elfte in diesem Land, die 151. des nordamerikanischen Imperialismus seit 1798 in Lateinamerika überhaupt. Auch sie wird vorbereitet: mit Honduras als Brückenkopf, auf dem ein Marine- und Luftwaffenstützpunkt für 150 Millionen Dollar errichtet wird, und mit Manövern entlang der honduranischen Grenze, an denen sich von August 1983 bis Januar 1984 25'000 US-Soldaten beteiligt haben. Diese Drohgebärden zwingen die sandinistische Regierung zu vermehrten Verteidigungsmassnahmen und schwächen damit einmal mehr die ökonomischen und vor allem die menschlichen Ressourcen, die zum Wiederaufbau des Landes dringend erforderlich wären.

Der Legitimität entbehrt nicht die sandinistische Regierung, gegen die Reagan kämpft, der Legitimität entbehrt vielmehr der Kampf, den Reagan gegen diese Regierung führt. Die US-Administration verletzt mit ihren Aggressionsakten das Gewaltverbot der UNO-Charta, das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Sinne der Menschenrechtspakte von 1966 und die Charta der Organisation Amerikanischer Staaten, die jedem Mitglied «Zwangsmassnahmen wirtschaftlicher oder politischer Art» gegen «den souveränen Willen eines anderen Staates» untersagt.

Weiss das amerikanische Volk, dass es diesen Rechtsbruch honoriert, wenn es Mr. Reagan in seinem Amt bestätigt? Wie legitim ist die Wahl eines Mannes, der sich andauernd gegen den Frieden vergeht? Kann eine noch so demokratische Wahl das fehlende Recht und die fehlende Moral ersetzen?

Die ideologische Kriegführung der Amtskirche

Auch Nicaraguas Bischöfe handeln wie ideologische Agenturen des Besitzbürgertums und der Reagan-Administration. Bei ihrer ideologischen Kriegführung gegen das eigene Volk werden sie unterstützt von einem Papst, der schon im März des Vorjahres versuchte, die nicaraguanische Kirche auf eine antisandinistische Linie zu verpflichten. Dagegen fällt weder von seiten des Episkopats noch von seiten des Vatikans ein Wort der Kritik gegenüber der ökonomischen und militärischen Aggression, die auf Betreiben der USA stattfindet.

Papst und Episkopat wissen die Zeichen der Zeit nicht zu deuten. Sonst müssten sie in den revolutionären Errungenschaften des Sandinismus doch ihre eigene christliche Ethik verwirklicht sehen. Sie müssten erkennen, was es bedeutet, dass erstmals in der Geschichte Christen und Marxisten gleichberechtigt am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft arbeiten. Sie dürften freudig bejahen, was erstmals in der Geschichte regierende Marxisten sagen: «dass man gleichzeitig Glaubender und konsequenter Revolutionär sein kann und dass es keinen unüberbrückbaren Widerspruch zwischen diesen beiden Dingen gibt» (Communiqué der FSLN vom 7. Oktober 1980 zur Religionsfreiheit). Für die Wahrheit dieses Satzes könnten sie erstmals in der Geschichte selbst ein Zeichen setzen, weg-

leitend auch für andere Staaten, die sich sozialistisch nennen, nicht nur in der Dritten Welt.

Doch was tut die Amtskirche? Einmal mehr sucht sie nicht das Reich Gottes, sondern nur sich selbst. Und auch das noch am falschen Ort: Obschon sie in Nicaragua nicht im geringsten verfolgt wird, hängt sie sich an die Rockschösse der einheimischen Bourgeoisie. Sie begibt sich dadurch der Möglichkeit, christliches Salz in der sozialistischen Erde des Sandinismus zu werden, mit solidarischer Kritik den Aufbau des neuen Nicaragua zu begleiten, die vorrangige Option für die Armen auch politisch zu verstehen und darin den übrigen Ortskirchen prophetisch voranzugehen.

Die amtskirchliche Anlehnung an das Besitzbürgertum ist freilich nicht neu in Nicaragua. Der Episkopat hat sich als ideologische Stütze des Somoza-Regimes schwer kompromittiert. Filmausschnitte aus entstaubten Archiven zeigen den Erzbischof von Managua, wie er den Diktator umarmt, 1970, nach einer Tischrede, in der Somoza sagte, seine Nationalgarde sei dasselbe wie die Kirche, mit dem einzigen Unterschied, dass sie Uniform trage. Noch andere Dokumente fanden die Sandinisten, etwa eine Quittung aus dem Jahre 1976, mit der Obando y Bravo den Empfang von 36 Kisten Whisky, Wein und Champagner bestätigte...

Solange die Sandinisten schwach waren, bestand der Episkopat aus lauter überzeugten Somozisten. Erst als der Sieg der Sandinisten unvermeidlich schien und das Bürgertum die Flucht nach vorn antrat, um mit den Sandinisten eine Koalitionsregierung zu bilden, unterstützten auch die Bischöfe die Revolution. Kaum hatten jedoch der Millionär Alfonso Robelo und die «La Prensa»-Verlegerin Violeta Chamorro die Regierung wieder verlassen, da gingen die Bischöfe ebenfalls auf Oppositionskurs. Nur: Das Bürgertum zerstritt sich mit der FSLN wegen der Investitionspolitik; die Bischofskonferenz aber machte daraus einen Kampf zwischen Christentum und Materialismus.

Vieles spricht dafür, dass Nicaraguas konservative Kirchenleitung mit den Konterrevolutionären sogar gemeinsame Sache macht: Nicht nur weigert sie sich, die Contras und ihre imperialistischen Helfershelfer zu verurteilen; nicht nur verbietet sie den progressiven Priestern, der von den Contras ermordeten Männer, Frauen und Kinder in Totenmessen zu gedenken; sondern sie solidarisiert sich auch mit Leuten wie Luis Amado Peña, jenem Priester, der vom Staatssicherheitsdienst dabei ertappt wurde, wie er Handgranaten und Sprengstoff von einem Kontaktmann der Contras entgegennahm.

Ganz anders verhalten sich die Bischöfe gegenüber den vier Priestern, die der Regierung angehören. Sie werden darin unterstützt von Johannes Paul II., der schon im März 1983 Ernesto Cardenal auf dem Flughafen von Managua mit erhobenem Zeigefinger dazu aufforderte, seine «Sache mit der Kirche zu regeln». Es kann halt nicht sein, was nicht sein darf: Eine Regierung, die nach Obando y Bravo aus «Lügnern» und «wilden Tieren» besteht, und nach Antonio Vega, dem derzeitigen Vorsitzenden der Bischofskonferenz, schlicht «antichristlich» ist, vergibt ausgerechnet an katholische Priester so wichtige Ministerien wie Aussenpolitik, Kultur und Erziehung. Darum – und nicht etwa wegen des kirchlichen Gesetzbuches – müssen diese Priester mit schweren kirchlichen Sanktionen rechnen, wenn sie in der Regierung bleiben. Von historischer Wahrheit und politischer Ethik unbelastet, meint Vega, dass ein Priester, der sich mit dieser Regierung verbinde, die «Verbindung mit Jesus» löse (vgl. Orientierung, 15. September 1984).

Die Priesterminister aber werden bleiben. Ernesto Cardenal hat in ihrem Namen erklärt, dass sie um der Armen willen bereit seien, selbst die Suspension

vom Priesteramt in Kauf zu nehmen. Und Fernando Cardenal, der neue Erziehungsminister, beruft sich auf einen Heiligen der frühen Kirche, der geschrieben habe, «dass die Menschen, gottesfürchtig und gehorsam den Geboten des Herrn, sich selbst von einem sündigen Bischof» trennen müssten.

Wenn die katholische Amtskirche in Nicaragua und im Vatikan fortfährt, die sandinistische Revolution zu bekämpfen, dann bekämpft sie in Wahrheit die Option für die Armen und dann optiert sie faktisch für die Gewalt der Reichen. Dann aber nimmt sie unzähligen, vor allem jungen Menschen den Glauben an die Kirche, schlimmer noch: den Glauben an die christliche Botschaft. Dann leistet sie dem Atheismus Vorschub, den sie im Sandinismus und Marxismus zu bekämpfen vorgibt.

Diskussion

Den Zins abschaffen?

Einige Arbeitergedanken zum Problem

Werter Herr Spieler

Zuerst meinen allerherzlichsten Dank für die Aufnahme der Diskussion um die Freiwirtschaft (vgl. Maiheft 1984, S. 173ff.). Als Friedensbewegter, Dienstverweigerer und Christ interessiert mich dieses Thema schon länger. Kurz, ich erachte die Freiwirtschaft als einen wirklichen dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Vielleicht ist es jetzt auch denkbar, die Gedanken von Leonhard Ragaz und Silvio Gesell, dem Begründer der Freiwirtschaftstheorie, zu verbinden.

Der Kern der Sache ist der: Alle Güter altern, verfallen, verfaulen und entwerten sich. Wenn wir also für diese Dinge ein gerechtes Tauschmittel haben wollen, so muss sich auch dieses entwerten. Wenn das aber einmal Tatsache wäre, so würde es sich nicht mehr lohnen, Geld zu hamstern im Aberglauben, mehr zu haben als jene, die arbeiten. Darin liegt gerade der Trugschluss unseres Geldsystems: Es ist ungerecht an sich, weil die «Arbeit des Geldes» in Wirklichkeit gestohlene Arbeit anderer ist. Wahre Früchte der Arbeit sind nur das, was man erarbeiten kann. Darin ist selbstverständlich eine grosszügige Altersvorsorge inbegriffen. Weil es aber Leute gibt, die mehr haben, als sie je erarbeiten konnten, stimmt unser jetziges System nicht.

Selbst wenn man Genossenschaften gründet, wie Beat Kappeler vorschlägt, haut es nicht hin mit einem Geld, das im Verhältnis zur Ware wächst. Die Migros liefern den Beweis dafür!

Die Folgen dieses ungerechten Tauschmittels sind der Zins, die Spekulation und die Grundrente!

Wenn man bedenkt, wie oft heute z.B. Häuser bezahlt werden durch den Hpothekarzins, so wird einem das Teufelssystem klar. Eine weitere Folge liegt auch noch darin, dass immer alle Waren in Geld umgerechnet werden. Wenn das Tauschmittel echt wäre, käme niemand auf diese dumme Idee! Denn wer Äpfel gegen eine Ziege getauscht hat, stellt sich beim Milchtrinken auch nicht mehr die Äpfel vor.

Dass die Freiwirtschaft funktionieren würde, hatte die Gemeinde Wörgel im Tirol während den 30er Jahren bewiesen. Ihr Bürgermeister Unterguggenberger kehrte dem österreichischen Staatsgeld den Rücken und ersetzte es durch Gutscheine, die sich pro Monat um 1% entwerteten. Die Folge war ein lokaler Wirtschaftsaufschwung, der von vielen Staaten, auch den USA und Frankreich, bewundert wurde.

Reklamiert haben allerdings jene, die von Diebstahl und Betrug leben, die Banken. Die österreichische Staatsbank brachte es fertig, dass die Staatspolizei von Wien die gerechten Gutscheine als Falschgeld mit Gewalt einzog. Zuvor hatte sich löblicherweise die Tiroler Polizei geweigert, so etwas auszuführen.

Weiter imponiert mir immer China, weil es sich durch Abkoppelung vom internationalen Handel und Kreditwesen emporgearbeitet hat. Die Folgen waren: Unabhängigkeit, genug zu Essen für alle, Wohnen für alle, prak-